Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2004)

Heft: 3: "Oil of Emmental" : eine Region entdeckt ihre eigenen Energie

Artikel: "Einiges erreicht, aber nicht genug!"

Autor: Brand, Rafael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586561

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

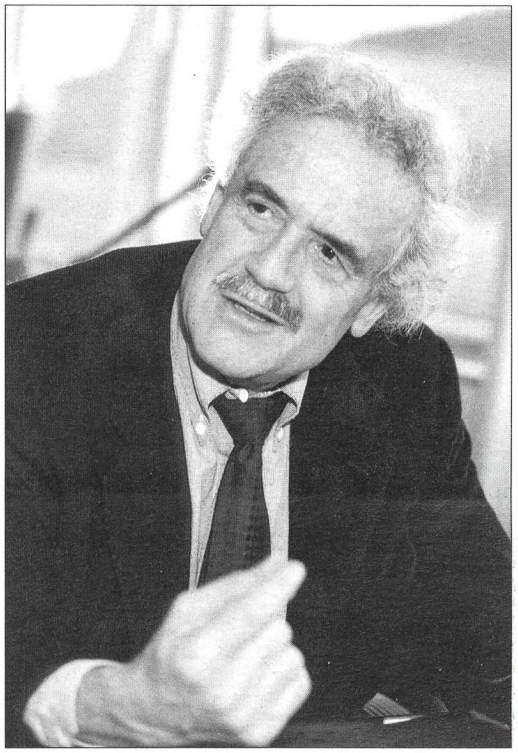
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Einiges erreicht, aber nicht genug!»

In seiner Person verkörpern sich 30 Jahre Schweizer Energiepolitik: Während 15 Jahren war Hans-Luzius Schmid massgeblich an der Erarbeitung energiepolitischer Grundlagen und Perspektiven beteiligt, während 15 Jahren war er Leiter von Energie 2000 und EnergieSchweiz. Seit dem 1. Juli 2004 ist er in Pension. «Energie&Umwelt» hat mit Hans-Luzius Schmid über energiepolitische Erfolge, Rückschläge, Visionen und Wünsche – aber auch die Budgetkürzung bei EnergieSchweiz gesprochen.



Zur Person

Dr. Hans-Luzius Schmid war bis am 1. Juli 2004 stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Energie (BFE) und Leiter des Programms EnergieSchweiz. Er arbeitete 30 Jahre lang beim Bund, unter anderm als Leiter des Stabes der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) und als Vorsitzender der Expertengruppe Energieszenarien (EGES). Er war lange Zeit Vertreter der Schweiz im Verwaltungsrat der Internationalen Energie Agentur (IEA) in Paris. Hans-Luzius Schmid ist Chemie-Ingenieur und besitzt den Doktortitel der ETH in Betriebswissenschaften.

«Resultat 1990, nach 15 Jahren: Hunderte von Perspektiven und Szenarien, tonnenweise Papier – aber alle Volksabstimmungen abgelehnt...»

Interview von Rafael Brand, Redaktor «Energie&Umwelt»

E&U: Welches war Ihre persönliche Motivation, Ihr Antrieb, sich über 30 Jahre für Energieeffizienz und erneuerbare Energien einzusetzen?

Hans-Luzius Schmid: «Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind der Schlüssel für eine nachhaltige Energieversorgung und damit für das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten.»

E&U: Ein kurzes Resümee zu Ihren 30 Jahren Schweizer Energiepolitik: Welches waren für Sie die grössten Erfolge respektive Rückschläge?

Schmid: «Die ersten 15 Jahre im Bundesamt beschäftigte ich mich mit der Erstellung energiepolitischer Grundlagen: den Perspektiven und Szenarien der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK), dem Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke der Eidgenössischen Energiekommission (EEK), den Kernenergie-Szenarien (Ausstieg, Moratorium, Weiterausbau) der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) sowie mit den damit verbundenen energiepolitischen Vorlagen von Bundesrat und Parlament und den verschiedenen Volksabstimmungen über Energieartikel und Kernenergie. Resultat nach 15 Jahren: Hunderte von Perspektiven und Szenarien, tonnenweise Papier, aber alle Volksabstimmungen abgelehnt, weil vor allem wegen der Auseinandersetzung um die Kernenergie während all dieser Jahre keine tragfähigen Mehrheiten für eine schweizerische Energiepolitik zustande kamen.
Die Wende kam mit dem Ja zum Energieartikel und zum Kernenergie-Moratorium im September 1990: Zur Umsetzung dieses Volksentscheids lancierte der Bundesrat Anfang 91 das Aktionsprogramm Energie 2000, basierend auf den EGES-Szenarien. Es gab zum ersten Mal einen breiten Konsens über die energiepolitischen Prioritäten der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Dies war aus meiner Sicht wohl der grösste Erfolg; die schwersten Rückschläge waren die Ablehnung des Energieartikels 1983 und der Energieabgaben 2002.»

E&U: Für Energie 2000 waren anfänglich 170 Mio. Fr. jährlich vorgesehen. Tatsächlich waren es durchschnittlich 55 Mio. Fr. pro Jahr. Sind Sie mit dem Erreichten von Energie 2000 und EnergieSchweiz zufrieden?

Schmid: «Ich bin – angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel – zufrieden.»

E&U: Trotz den positiven Errungenschaften und beachtlichen Erfolgen von Energie 2000 und Energie-

«Ohne deutliche Verstärkung von EnergieSchweiz werden wir die Ziele nicht realisieren.»

Schweiz: Wo steht heute die Schweizer Energiepolitik nüchtern betrachtet?

Schmid: «Wir haben einiges erreicht, aber nicht genug. Ohne deutliche Verstärkung von EnergieSchweiz werden wir die Ziele nicht realisieren. Wir haben dafür folgende Vier-Punkte-Strategie:

- Erstens müssen wir die verbleibenden Mittel von EnergieSchweiz noch effizienter und wirksamer einsetzen.
- Zweitens müssen wir unsere Partnerschaften ausbauen und vermehrt Synergien nutzen; denn EnergieSchweiz wirkt über die Partner. Die Partner sind eingeladen, ihre Beiträge und Leistungen weiter zu verstärken. Gesucht sind zudem neue Partnerschaften, zum Beispiel aufgrund des Klimarappens, sowie eine Elektrizitäts-Agentur.
- Drittens müssen wir die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten noch konsequenter ausschöpfen: im Gebäudebereich durch die Kantone mit der Umsetzung des Musterenergiegesetzes und den kantonalen Förderprogrammen, bei den Geräten und Motorfahrzeugen durch den Bund mit der Energieetikette, Verbrauchsvorschriften, Bonus-Malus für die Automobilsteuer, Steuererleichterungen für Biotreibstoffe etc.
- Da dies alles nicht genügen dürfte, um die Ziele zu erreichen, ist viertens eine CO_2-Abgabe und/oder der Klimarappen erforderlich. Die Vernehmlassung zu den Vorschlägen des Bundesrates findet im Herbst 2004 statt. Entscheide sollen anschliessend gefällt werden.

E&U: Ab 2005 stehen EnergieSchweiz statt 55 noch 45 Mio. Fr. pro Jahr an ordentlichen Mitteln zur Verfügung. Wo wird gespart, welche konkreten Folgen wird die Budgetkürzung haben? Wird EnergieSchweiz – angesichts der angespannten Finanzlage und dem Spardruck – überhaupt Bestand haben?

Schmid: «Das Programm hat Bestand; aber angesichts der Budgetkürzung von 40% zwischen 2001 und 2005 muss überall gespart werden, vor allem bei den Pilot- und Demonstrationsanlagen und bei den erneuerbaren Energien (-80%). Damit fehlt die Unterstützung des Bindeglieds zwischen der Forschung und Entwicklung einerseits und der Markteinführung neuer Technologien andererseits. Dies wird längerfristig zwangsläufig die positiven Auswirkungen von EnergieSchweiz auf Umwelt, Klima, Beschäftigung, Investitionen, Innovationen und Auslandunabhängigkeit schmälern, falls nichts dagegen unternommen wird.»

E&U: Wie sehen Sie persönlich die Schweizer Energie-Zukunft, z.B. im Jahre 2050? Welches sind Ihre Visionen und Wünsche diesbezüglich?

Schmid: «Ich kann mich hier dem Bundesrat anschliessen mit der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft, das heisst eine Reduktion des Energieverbrauchs pro Kopf auf etwa einen Drittel des heutigen Verbrauchs. Dies bedeutet eine konsequente Fortsetzung und Verstärkung der Anstrengung Richtung Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien auf allen Ebenen.»

E&U: Wenn Sie wünschen respektive bestimmen dürften: Wie müsste es mit der Schweizer Energiepolitik weitergehen?

Schmid: «Das Wichtigste wäre die Kostenwahrheit in allen Bereichen: Gebäude, Verkehr und Wirtschaft; das heisst Internalisierung der externen Kosten oder rund eine Verdoppelung der Energiepreise. Dazu kämen die konsequente Umsetzung der Musterenergiegesetzgebung der Kantone, sowie Qualitätsstandards für Fahrzeuge und Geräte. Damit wäre ich aber noch lange nicht zufrieden; denn das Gleiche müsste nicht nur in der Schweiz, sondern mindestens auch in allen anderen Industrieländern geschehen. Damit würde die Wirkung vervielfacht und auf globaler Ebene spürbar, und es würden in allen Ländern gleich lange Spiesse gelten.»

E&U: Welchen Rat, welchen Tipp möchten Sie Ihrem Nachfolger Michael Kaufmann aufgrund Ihrer 30-jährigen energiepolitischen Erfahrung mitgeben?

Schmid: «Michael Kaufmann braucht von mir keine Ratschläge, eher wohl die Politik: Sie sollte ob all der kurzfristigen Ziele und der Spareuphorie die langfristige nachhaltige Energieversorgung, das heisst die Kostenwahrheit im Energie- und Verkehrsbereich nicht aus den Augen lassen.»

ENERGIEPOLITIK

Die SES hat einen heissen Sommer hinter sich. Zu drei Gesetzesvorlagen hat die SES gemeinsam mit anderen Organisationen Stellungnahmen erarbeitet.
Infos unter: www.energiestiftung.ch

Energieverordnung EnV

Die Änderung der Energieverordnung betrifft drei Bereiche: 1. Die Kennzeichnung von Elektrizität, 2. die Mehrkostenerstattung für das Einspeisen von Überschussenergie durch unabhängige Produzenten, 3. neue Energieeffizienz-Klassen für Geräte. Die SES befürwortet die vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich. Bei der Kennzeichnung von Elektrizität fordern wir eine ausführlichere Angabe der Energiequellen inklusive Herkunft, verursachten Abfällen und Emissionen auf jeder Stromrechnung. Bei der Mehrkostenumlage auf das Hochspannungsnetz gibt es noch erhebliche Mängel. Insbesondere die Preisfestlegung muss klarer geregelt werden.

Kernenergieverordnung KEV

Auf das Kernenergiegesetz von 2003 folgt nun die Verordnung. Die KEV erfüllt die Erwartungen der SES bei weitem nicht. Die KEV ist zu sehr auf einen unwahrscheinlichen Neubau von AKWs ausgerichtet und regelt dagegen die Alterungsproblematik der bestehenden Atomanlagen nicht. Der unbefristete Weiterbetrieb der 5 AKWs muss durch klare Abschaltkriterien gesichert werden. Bei der Lagerfrage ist die Kontrollier- und Rückholbarkeit der Abfälle nicht gegeben. (vgl. dazu Art. S. 12)

Stromversorgungsgesetz

Das neue Gesetz regelt die Strommarktöffnung in zwei Schritten. Das Gesetz postuliert die Bildung einer nationalen Netzgesellschaft und die Konstituierung einer unabhängigen Regulationsbehörde (ElCom). Das Gesetz nennt quantitative Zielwerte für neue erneuerbare Energien (5400 GWh) und für die Stromeffizienz (+15%) bis ins Jahr 2030. Die SES begrüsst grundsätzlich die Regulierung des Strommarktes. Das Gesetz ist in Sachen «Unbundling», Unabhängigkeit der Netzgesellschaft und der ElCom jedoch ungenügend. Bei der Förderung von erneuerbaren Energien und der Stromeffizienz fordern wir verbrauchsgebundene Zielwerte in ansteigenden Prozenten und verbindliche Massnahmen/Vorgaben für die Stromwirtschaft. Von Freiwilligkeit und Subsidiarität hält die SES nichts mehr. (Vernehmlassungsschluss 30.9.04)